

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31

Vertriebspreis Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 10. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 35 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 93.

Herford, Freitag, den 22. April 1921

39. Jahrgang

Stegerwalds Wiederwahl.

Die Sozialdemokraten dagegen.

Wth. Berlin, 21. April. Präsident Reimert teilte als Ergebnis der heute wiederholten Ministerpräsidentenwahl mit: Es sind 371 Stimmen abgegeben worden. Davon sind 22 unbeschrieben. Von den 349 gültigen Stimmen haben erhalten Stegerwald (Ztr.) 227, Abg. Braun (Soz.) 100, Abg. Ludwig (U. S. P.) 21 Stimmen, Abg. Busch (Ztr.) 1 Stimme. Stegerwald ist also zum Ministerpräsidenten wiedergewählt.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Preussische Landtag hat gestern Herrn Stegerwald wiedergewählt. Das war zu erwarten, und es stand auch fest, daß er diesmal die Stimmen der Sozialdemokraten nicht erhalten würde. Diese stimmten auf Otto Braun, der 100 Stimmen erhielt, auf den Unabhängigen Ludwig entfielen 21 Stimmen, 22 Stimmentel waren unbeschrieben. Der Stegerwald erhielt 227 Stimmen. Damit ist ein Ministerpräsident gewählt, der vollkommen frei Hand hat. Seine Mitarbeiter hat er sich bereits ausgesucht, die bisherige Ministerliste wird unverändert bleiben. Es steht nur noch nicht fest, ob der Abg. Schiffer dem Drängen der demokratischen Landtagsfraktion Folge geben wird, die ihn von Herrn Stegerwald angefragte Befehl des Innenministeriums annehmen. In der Presse ist hier und da die Ansicht aufgetaucht, als habe die demokratische Landtagsfraktion darüber abgestimmt, wen sie für das Innenministerium empfehlen sollte. Herrn Schiffer oder Herrn Dominicus. Derartige Pressenmeldungen gehen, wie wir wissen, vollkommen fehl. Die Preußenfraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat weder Ansprüche auf irgendein Ministerium erhoben, noch hat sie irgendwelche Vorschläge oder Einwendungen gegen Personen erhoben. Sie steht auf dem streng verfassungsmäßigen Boden, daß die Auswahl der Minister Sache des Ministerpräsidenten ist. Von dem Gesamtkabinet und seinem Programm macht sie die Unternehmung einer Regierung abhängig. Sie würde auch, wenn dieser verfassungsmäßige Grund von einer anderen Partei zu verletzen versucht würde, auf das nachdrücklichste dagegen Einspruch erheben müssen. Das neue Kabinet soll heute dem Landtag vorstellen und morgen wird darüber abgestimmt werden, ob es eine Mehrheit finden wird oder nicht.

In der mehrheitssozialistischen Presse tauchen jetzt allerlei Mitteilungen auf, die geeignet sind, die Parteigegensätze noch mehr zu verschärfen als es ohnehin bedauerlicherweise der Fall ist. Da sie außerdem in offenbar tendenziöser Absicht verbreitet werden, ist es notwendig, sie richtig zu stellen. Die Korrespondenz des Herrn Heilmann behauptet, die Demokraten hätten „wohl ein Duzend mal durch Herrn Alexander Dominicus die feierliche Erklärung abgegeben lassen, sie würden unter keinen Umständen weder an einer Minderheitsregierung noch an einer Rechtsregierung teilnehmen“. Das Letztere ist richtig, das Erstere falsch. Die Demokraten haben lediglich erklärt, sie würden keine Minderheitsregierung nach dem Vorbilde der jetzigen Koalition im Reich eingehe. Ferner bringt der „Vorwärts“ zwei Falschmeldungen. Er behauptet, der Wechsel zwischen Dominicus und Schiffer sei „auf Drängen der Rechten zurückzuführen“. Es ist bedauerlich, daß das sozialistische Zentralorgan eine so unsinnige Falschmeldung weitergeben kann. Wir stellen ausdrücklich fest, daß daran kein wahres Wort ist. Die demokratische Fraktion würde sich an keiner Regierung beteiligen, deren Personalbestand von einer Rechtspartei mitbestimmt würde. Schließlich schreibt der „Vorwärts“ über den neuen Finanzminister: „Herr Saemisch hat sich bisher als Gegner einer energischen Grundsteuer erwiesen.“ Wir haben keinen Auftrag, für Herrn Saemisch eine Erklärung abzugeben, wissen aber, daß diese Nachricht des „Vorwärts“ unrichtig ist.

Wth. Berlin, 21. April. Laut Mitteilungen aus demokratischen Kreisen hat Minister Schiffer es abgelehnt, das Ministerium des Innern zu übernehmen.

Wth. Berlin, 21. April. Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist anstelle des Reichsministers a. D. Schiffer Oberbürgermeister a. D. Dr. Dominicus in das neue preussische Ministerium eingetreten.

Berlin. Zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen des preussischen Landtags sind Verhandlungen eingeleitet um Zwecke eines gemeinsamen taktischen Vorgehens im Landtag gegen das neue reinbürgerliche Kabinet Stegerwald.

Das Neueste vom Tage.

Außenminister Dr. Simons verhandelte mit dem britischen Botschafter in Berlin über die neuen Vorschläge der deutschen Regierung, die auf der Grundlage aufgebaut sind, daß Oberböhmen deutsch bleibt.

In Dresden hat sich ein Reichswirtschaftsverband deutscher Kleinhandlärer gebildet.

Auf Anordnung des Oberpräsidenten Hörsing sind sämtliche kommunistischen Ortsvorsitzer des Aufstandsgebiets ihres Amtes entsetzt worden.

In der gestrigen Sitzung des Rohseisenausschusses des Eisenwirtschaftsverbandes in Essen wurde eine weitere erhebliche Verbilligung der Rohseisenpreise vorgenommen.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Gert und des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann wurde der Ingenieur Lehmann in Berlin zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte den Strafantragstellern unlautere Gewinne untergeschoben.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich vom 1. April, als sie 1 506 000 Personen betrug, bis zum 15. April auf 1 677 000 vermehrt.

Das japanische Kabinet entschied als Antwort auf die amerikanische Note dahin, es sei kein Grund vorhanden, die japanische Politik in der Frage der Insel Jap zu ändern.

Der Plan über die Räumung Sibiriens unter der Bedingung, daß Wladivostok internationaler Freihafen werde, wird in japanischen Heereskreisen erörtert.

In Erwiderung auf die neuen Vorschläge der englischen Bergwerksbesitzer erklärte der Bergarbeiterbund, die Vorschläge seien wertlos. Die Bergarbeiter verlangen die Errichtung eines nationalen Kohlenbüros und Anwerdung einer Steuer auf jede geförderte Tonne Kohle.

Amerika beabsichtigt, sich auf der Konferenz in Sytha vertreten zu lassen.

Der Raubplan.

Die Beschlagnahme der Kohlen — Das Ziel: Deutschlands Zertrümmung.

Auch Beteiligung an Industrien.

Wth. Paris, 21. April. Nach einer Havasmeldung heißt es: Während der Begegnung in Sympne wird Briand Lloyd George den Plan vorlegen, den die besten Köpfe Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, daß Deutschland bei seiner passiven Resistenz beharrt. Dieser Plan, der morgen beendet sein wird, ist der Niederschlag der fünf Berichte, die von den verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet wurden. In großen Zügen enthält er u. a. zugunsten des Reparationsfonds die Erhebung eines Zollarschlages von 50 bis 70 Franken pro Tonne Kohlen, die aus dem Ruhrgebiet kommen. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es ja die Verfügung über die Kohlen behält. Außerdem sind Erleichterungen zum Bezug von Lebensmitteln für die Bewohner des besetzten Gebiets vorgesehen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 75 Prozent der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit unter der Leitung eines Oberzivilkommissars zur Durchführung gelangen. Diese einfache und praktische Maßnahme wurde von Retroquer und verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet. Sie wurde einem von dem Minister Loucheur beauftragten Vorgehen vorgelegt, das wohl einschneidender aber auch viel schwieriger in seiner Durchführung gewesen wäre. Letzterer Entwurf sah die Übernahme der Betriebe durch die Verbandsregierungen für alle Industrien des Ruhrgebiets vor, also nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für die Eisenwerke, Textilfabriken und ähnliches mehr. Zu der Abgabe auf die Kohlenförderung werden noch andere Zahlungsmittel kommen, z. B. Beteiligung an den Industrien, Abgaben auf die Ausfuhr und die ausländischen Werte, die nach Bezahlung für die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Auslande eingehen werden usw.

Französischer Schwindel.

Wth. Paris, 21. April. „Petit Parisien“ erklärt, der Wirtschaftsplan, der von der französischen Regierung über eine etwaige Ausbeutung des besetzten Gebiets aufgestellt wurde, entspreche einem

Reparationsplan, der im vergangenen Winter von alliierten Sachverständigen ausgearbeitet worden sei und dem Deutschland seine grundsätzliche Zustimmung gegeben habe und zwar durch seinen Vertreter auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretär Bergmann. Demgegenüber kann nach Anfrage mitgeteilt werden, daß die deutsche Regierung durch Staatssekretär Bergmann niemals irgend eine bestimmte Zustimmung zu einem Reparationsplan gegeben hat.

Wth. Paris, 21. April. Die „Petit Journal“ teilt mit, daß die Verteilung der Ruhrkohlen im Falle einer Befehlzung des Ruhrgebietes der internationalen Kommission übertragen werden, an deren Spitze der ehemalige französische Kohlenkontrollleur Wör stehen soll. Diese Kommission soll die Mengen bestimmen, die Deutschland für seine Eisenbahnen und seine Industrie zugeteilt und diejenigen, die für den Verbrauch an das neutrale Ausland freigegeben werden sollen.

Beratungen über die Exproprierung.

Wth. Paris, 21. April. Die militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen sind unter dem Vorhitz des Marichalls Foch von neuem zusammengetreten und haben die Einzelheiten der militärischen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete fertiggestellt, die gegebenenfalls im Ruhrgebiet zu besetzen sein werden. Zwei Berichte über die militärische Organisation wurden behandelt: 1. die Abgrenzung des zu besetzenden Gebietes; 2. die zur Befehlzung nötigen Mannschaften. Die drei Berichte rein wirtschaftlicher und finanzieller Art behandeln: 1. Ausbeutung der Gruben; 2. Finanzverwaltung; 3. Verpflegung der Bewohner des Ruhrgebietes. — Die verschiedenen Einrichtungen, die da bestimmt sind, die Befehlzung ertragsreich zu gestalten, wurden vollständig behandelt. Ein zusammenfassender Bericht über die Beratungen wird Briand noch vor seiner Abreise nach England vorgelegt werden.

Frankeichs Ziele sind klar: Deutschland soll zertrümmert und aufgelöst werden. Es ist bemerkenswert, daß selbst eine so für Frankreich wohlgesinnte Zeitung wie die „Bosische Zeitung“ diese Tatsache zugeben muß. In einem Artikel, der auf offenbar guten Informationen beruht, sagt das Blatt gestern abend folgendes:

Man bestreitet in Frankreich, daß die neuen Sanktionen das Ziel verfolgen, Westdeutschland vom Reiche loszulösen. Man sei, so wird erklärt, viel zu gut über die Gefährdung der rheinischen Bevölkerung unterrichtet, um sich über die Unmöglichkeit einer Loslösungspolitik klar zu sein, zumal die geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen die Bevölkerung der besetzten Gebiete besonders schwer treffen müssen und sicher nicht dazu beitragen werden, eine franksophile Stimmung zu schaffen. Trotzdem ist es klar, daß eine Politik der mechanischen „Sicherung“, die durch Druck Gegenstand erzeugt, ganz von selbst dazu führen muß, auch die politische Einheit Deutschlands anzugreifen. Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in Deutschland, Edouard Hefsey, dessen Berichte in Paris aufmerksam gelesen werden, vertritt in seinem letzten Berliner Brief vom 15. April offen die Auffassung, daß die Herstellung eines dauerhaften Friedens nur durch die Auflösung des Blockes der 60 Millionen Deutschen ermöglicht werden könne. Diese Theorie, die die Vernichtung der deutschen Einheit als Ziel der französischen Politik bezeichnet, hat ohne Zweifel in den letzten Monaten an Anhängern gewonnen, und es besteht die Gefahr, daß sie im weiteren Verlauf der Dinge auch die offizielle Regierungspolitik beeinflusst. So weit ist es allerdings, wie wohl versichert werden darf, noch nicht. Man ist sich in den verantwortlichen Kreisen Frankreichs der Tatsache wohl bewußt, daß es auf diesem Wege, dessen Anfänge leicht und bequem scheinen könnten, niemals ein Ende gibt. Außerordentlich erschwert wird ein Einlenken im letzten Augenblick durch die Tatsache, daß sich das deutsche Reichskabinet vor und in London festgelegt hat. Es scheint, daß man in Paris in dem Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierung eine Erleichterung der Lage erblicken würde. Dr. Simons genießt nach wie vor persönliches Vertrauen. Um so stärker ist das Mißtrauen, das man seiner Umgebung entgegenbringt, insbesondere den Stellen, die man für die Aufreizung der deutschen Presse verantwortlich macht.

Deutschlands Vermittlungsgesuch

Amerika lehnt ab.

Wth. Berlin, 21. April. Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei

erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalte bereit und willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Unterfuchung recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, keinen Schiedsspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben, wie dem Geiste nach, zu erfüllen. Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser Bitte und in unzweifelhafter Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde, zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

gez. Fehrenbach, gez. Dr. Simons.

s. Genf, 22. April. Havas meldet aus New York: Im Senatsauschuß teilte Hughes die ablehnende Antwort Hardings auf das deutsche Vermittlungsversuchen mit. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs ist die Ablehnung Amerikas auf die deutschen Vorschläge eine endgültige. — Herald meldet aus Washington: Die ablehnende Antwort auf die deutschen Vorschläge wird damit begründet, daß Amerika nur an einer Vermittlung mitwirken könne, die von allen Vertragsstaaten beantragt würde. Die deutsche Mark beginnt in New York zu fallen.

Die Folgen der Zollschikanen.

wtb. Düsseldorf, 21. April. Die Ansammlungen von Gütern hat infolge der Zollmaßnahmen auf den Zollbahnhöfen des Düsseldorf-Berliner Bezirks heute einen bedeutenden Umfang angenommen. Auf den Bahnhöfen Derendorf, Rath und Gerresheim stehen ungefähr 600 bis 700 Güterwagen, die die Geleise verstopfen. Infolgedessen ist heute an die Elberfelder Eisenbahndirektion von der Düsseldorf-Berliner Eisenbahnstrecke ein Telegramm abgegangen, in dem die Annahme weiterer Güter verweigert wird. Der Personenverkehr wird weiterhin mit geringen Verspätungen aufrecht erhalten. Die Berliner Schnellzüge gehen nach einem Aufenthalt von 5 Minuten weiter. Alle Güter sind außerordentlich schwach besetzt.

wtb. Düsseldorf, 21. April. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ melden, hat die französische Zollkommission die deutschen Zollbehörden angewiesen, sofort die Personenzugkontrolle auf den Düsseldorf-Berliner Zollstellen in Derendorf, Rath und Gerresheim aufzuheben. Wenig wird die Zollrevision an den Zollstellen der Landstrassen aufgehoben. Die Zollkontrolle der Güterzüge bleibt bestehen.

wtb. Frankfurt a. M., 21. April. Wie die hiesigen Blätter zur Zollkontrolle melden, herrscht auf den Zollstationen ein wüßes Durcheinander. Die Beamten seien ohne genaue Dienstamweisungen. Infolge der Unkenntnis der Beamten und ihrer unzureichenden Zahl häufen sich die Güterzüge und es bestehe die Gefahr einer vollständigen Verstopfung der Strecke. In der Pfalz sei bereits der gesamte Güterverkehr ins Stocken geraten. Auf den Zollverwaltungsstellen Ludwigshafen, Speyer und Germersheim seien keine deutschen Beamten mehr tätig. Auch an den anderen Zollstationen stellten die deutschen Beamten ihre Mitarbeit ein. Für die Strecke Mannheim-Ludwigshafen-Worms sei die Zurückstellung der Güter angeordnet. Der Personenverkehr wickelt sich jedoch ohne Störung ab. In Griesheim wurde gestern das Passagiergut auf Waffen und verbotene Bücher durchsucht, in Höchst wurde dann die Zollbehandlung vorgenommen.

Reichstag.

Die am Tage zuvor angekündigte Interpellation der Deutschen nationalen zur auswärtigen Lage und zur Reparationsfrage war gestern hergebrachter Weise auf die Tagesordnung gesetzt, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre auch so schon bekannte Bereitwilligkeit zur Beantwortung zu versichern. Sodann versuchte ein sozialistischer Redner, den Kommunisten Reich als „politischen Verbrecher“ vor der Strafverfolgung zu retten, denn der Ausschuss hat beschlossen, ihn wegen Unterschlagung, Diebstahl und Urkundenfälschung dem Richter zu überantworten. Es wird schließlich vorgeschlagen, noch einmal im Ausschuss zu verhandeln und nunmehr

kam die am Mittwoch abgebrochene Erörterung über die sozialistischen Anträge zu der Verordnung über die Sondergerichte fortgesetzt werden. Der Mehrheitssozialist Fischer-Berlin begründet den Antrag seiner Partei, die Sondergerichte sowohl in ihrem Wirkungsbereich wie in ihrer Zuständigkeit zu beschränken. Fischer wandte sich dabei gegen den unabhängigen Antrag auf gänzliche Aufhebung, weil dann die Gefahr bestehe, daß der Ruch wieder aufblühne. Der Justizminister bewies seine Anerkennung für die maßvolle Art Fischers, indem er bereitwillig zusagte, im Ausschuss in aller Ruhe noch einmal über die Verordnung zu sprechen, wenngleich er erneut ihre Notwendigkeit betonte. Nach dem Zentrumsabgeordneten Gerhard schilderte der Demokrat Delius noch einmal in anschaulicher Weise die jüngsten Vorgänge und die Lehren, die daraus für die Allgemeinheit zu ziehen sind. Er stellte vor allen Dingen der Sicherheitspolizei den Dank für ihre Leistungen ab, indem er sie gleichzeitig gegen die ungerechten und entstellenden Vorwürfe von links und rechts in Schutz nahm. Nach einer persönlichen Bemerkung des deutschvolksparteilichen Abg. Rahl gegenüber dem Mehrheitssozialisten Fischer machte man sich schließlich noch an den nächsten Punkt der Tagesordnung, eine Angelegenheit nicht gerade erheblicher Natur, nämlich die neue Verordnung über die Fieberthermometer.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Ueber der Gemeinheit finstre Schranken,
Ueber alle Mäße dieser Zeit
Sind uns drei mächtige Gedanken:
Gott, Natur, Unsterblichkeit.

G. Weinlauf (1818).

22. April.

Der Streit um das Finanzamt. Oberbürgermeister Basse zur Sache.

Nicht weniger als siebenzehn Verbände und Vereinigungen unserer Stadt hatten für gestern Abend zu einer Kundgebung eingeladen, die sich gegen etwaige Pläne auf Verlegung des Finanzamtes aus Herford richten sollte. Es ist das eine Frage, welche die gesamte Bevölkerung angeht, in erster Linie natürlich den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand. Man hätte darum auch erwarten dürfen, daß alle Räume des Vereinshauses überfüllt gewesen wären. Was aber erlebten wir? Etwas mehr als 100 Menschen hatten sich eingefunden. Diese Teilnahmelosigkeit an den wichtigsten Fragen unseres öffentlichen Lebens zeugt von einem geradezu beklagenswerten Mangel an Bürgerinn. Wenn das Bedürfnis nach Ruhe und Ausspannung heute auch bei allen Schaffenden besonders ausgeprägt ist, bei einer Gelegenheit wie gestern Abend hätte die Bürgerpflicht nicht fehlen dürfen. Ueber die Frage selbst machte Oberbürgermeister Basse sehr bemerkenswerte Ausführungen. Wir dürfen dennoch wohl die sichere Erwartung hegen, daß das Finanzamt bestimmt unserer Stadt erhalten bleibt.

Unser Vortalsberichterstattung gibt über den Verlauf der Veranstaltung folgende erschöpfende Darstellung:

Die Versammlung wurde von Herrn Fabian Richarz Böckmann ein, eröffnet, der die Versammelten ermahnte, in den vorderen Reihen des Saales Platz zu nehmen. Der Vorsitzende führte dann aus, man sei zusammengekommen, um eine Kundgebung gegen die Möglichkeit einer Verlegung des Finanzamtes zu beschließen und zu beraten, welche Wege beschritten werden müssen, um eine Verlegung zu verhindern. Sehr zu bedauern sei, daß ein geringes Interesse; man habe geglaubt, daß gerade diese Angelegenheit weiten Kreisen nahegehe und daß der Saal brechend voll sein würde. Auf einen Zuruf, es sei zu knapp dazu eingeladen, erwiderte der Vorsitzende, es sei notwendig gewesen, für heute zusammenzukommen, da ein Konkurrent auf der Bildfläche erschienen sei. Die Stadt Herford und ihre Bürgerpflicht dürfe nicht daran denken, daß eine Verlegung des Finanzamtes oder auch nur eine Teilung desselben vorgenommen werde.

Hierauf nahm das Wort

Herr Oberbürgermeister Basse:

Auch ich möchte zunächst mein Bedauern über den schlechten Verlauf dieser Versammlung aussprechen. Man erwartete und glaubte,

daß eine maßvolle Kundgebung zustandekommen würde, die vieles noch hätte retten können. Trotz des schwachen Besuches aber, der nicht zu entschuldigen ist, möge das, was wir heute Abend beschließen werden, zum Heile unserer Stadt ausfallen. Ich werde Ihnen, meine Damen und Herren, nun ein Bild von dem Sachverhalt zu malen versuchen und dann einige persönliche Ansichten anzutragen mir erlauben.

Im Dezember 1919 wandte sich das hiesige Finanzamt an den Magistrat und teilte ihm mit, daß die Abfälle beständen, in der Stadt Herford ein großes Finanzamt zu errichten. Es wurde von 40 Männern und ebensoviele Beamten gesprochen. Es ist jedem klar, daß die Unterbringung mit Rücksicht auf die Wohnungsnot für uns eine schwierige Frage war. Die Stadt griff den Gedanken auf und ließ Projekte ausarbeiten, die dann dem Finanzamt vorgelegt wurden. Es ist ein Projekt erstellt worden, das das Hotel Rhodde zu erwerben. Ich betone ausdrücklich, daß dieses Projekt nicht so weit gediehen war, um evtl. einen notariellen Vertrag abzuschließen; wir haben es nicht fest in der Hand gehabt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, nachdem ein Schreiben des Finanzamtes eingegangen war, das erklärte, wenn 45 000 M. Miete aufzubringen seien, würde ein solches Projekt nicht annehmbar sein. Dann haben drei andere Projekte im Vordergrund des Interesses gestanden: der Ausbau des Fabrikgebäudes des Herrn Kommerzienrats Böckmann und die Stadt hat ihrerseits diesem dann noch zwei Projekte ausarbeiten lassen: den Bürgerverein und den Ausbau des Dachgeschosses im neuen Rathaus, der Münstertürme und Kapelle gegenüber. Wir haben dem Wirt des Bürgervereins zum 1. April gekündigt, um freie Hand zu haben. Diese Projekte wurden vom Finanzamt nicht sehr geschätzt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen sind dann vom Wirt des Bürgervereins des Finanzamtes Erörterungen des Inhalts gemacht worden, daß, wenn hier die Frage nicht gelöst werden könnte, Blotho und Bände in Betracht kämen. Meine D. u. S. Blotho ist überhaupt nicht diskutabel, schon wegen seiner Lage; aber auch Bände ist es nicht. Der Herr Präsident des Landesfinanzamtes schreibt vor wenigen Wochen: „Ich darf versichern, daß die Abfälle, das Finanzamt nach Bünde zu verlegen, hier nicht besteht.“ Wir glaubten, aufgrund dieser Zusage damit rechnen zu können, daß die Verhandlungen in Herford weitergeführt würden. Ich habe festgestellt, daß nach diesem Schreiben noch zwei weitere Schreiben eingingen; das vom 15. Februar 1921 befragt, daß wegen des Bürgervereins in Münster noch Erwägungen schweben und das vom 28. Februar 1921, wo der Magistrat gebeten wird, ein passendes Unterkommen für Herford zu schaffen. In den letzten Wochen verdrängten sich mir aber die Mitteilungen, daß Bünde ernstlich in Betracht käme, in einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit, jedoch der Magistrat sofort Stellung dazu nahm. Ich habe die Angelegenheit unverzüglich dem Magistrat unterbreitet und dieser hat am 5. April d. J. beschlossen, sich in einer Eingabe an den Herrn Reichsminister der Finanzen zu wenden; diesem sind alle Verhältnisse dargelegt und wir haben dringend erucht, im Interesse der gesamten Herforder Bürgerschaft in Münster darauf einzuwirken, daß das Finanzamt in Herford bestehen bleibt und zwar, daß das ganze Finanzamt hier bleibt. Die Eingabe ist am 7. April abgegangen, eine Antwort ist noch nicht eingegangen. Eine Wochenschrift ging an den Herrn Regierungspräsidenten, an das Landesfinanzamt in Münster und an Herrn Regierungsrat Paul hierher.

Nun wurde mir von bestimmter Seite versichert, daß die Verhandlungen mit Bünde sich dem Abschlusse nähern. In der letzten Stadtvorstandssitzung, die heute vor acht Tagen stattfand, habe ich darauf hingewirkt, daß sich die verschiedenen Interessengruppen einmal rühren möchten. Viele von ihnen machten denn auch eine Eingabe an das Landesfinanzamt in Münster. Der Magistrat hat dann an den Präsidenten des Landesfinanzamtes ein Telegramm gerichtet: „Wir erklären uns bereit, im Rathaus neue Räume zur Verfügung zu stellen.“ (Der Magistrat hatte zuvor in einem Telegramm erucht, die Entscheidung zu verlegen, da die Frage voraussichtlich in 14 Tagen gelöst werden würde, hierauf dann obiges Telegramm abgehandelt). Weniger fährt fort: Wir müssen jetzt so weit gehen, wie wir können, Räume in ausreichender Weise im Rathaus zur Verfügung zu stellen, das wird uns ganz gewiß nicht leicht. Wir haben also beschlossen, neben 7 Räumen noch etwa weitere 9-10 Räume zur Verfügung zu stellen; das Lebensmittelamt und die benachbarten Räume. Der Abbau des Lebensmittelamtes vollzieht sich schneller, als wir dachten, und dafür bekommen wir den Bürgerverein leichter. Dort können Zweige untergebracht werden, die nicht so eng mit dem Rathaus verbunden sind: das Arbeitsamt, Arbeitsnachweis, Wohnungsamt, Ortsfahndstelle und dergl. Wenn wir nun diese Räume im Rathaus, von denen ich sprach, zur Verfügung stellen, so haben wir dort etwa 17 Räume fürs Finanzamt. Nun lassen sich aber auch in der Böckmannschen Fabrik noch genügend schaffen, dann haben wir annähernd 40 Räume, die das Finanzamt beansprucht.

Mit dem Landkreise und seinem Verwalter ist bisher nicht

Die Marketerenderin von Köln

23) von Levin Schüding.

„Gehen Sie behutsam, lassen Sie Ihre Schritte nicht lauter hören, als es nötig ist.“ sagte der Reichsfreiherr.

Hubert gehorchte ihm. Er trat so leise auf, wie es ihm möglich war, während Ractantius sorglos in seinen weichen Pantoffeln vor ihm herlief. So kamen sie an das Ende des Ganges, wo eine Tür, die nur angelehnt war, die beiden nächtlichen Wanderer in einen großen, wüsten Raum, der nichts als hohe geweißte Wände zeigte, einließ.

„Das ist meine Bibliothek!“ sagte der Reichsfreiherr.

„Ihre Bibliothek? Wo sind denn die Bücher?“

„Stehen Sie sich nicht an den Kisten!“

Die Warnung war nicht überflüssig; in der Mitte des Raumes standen vier durch und übereinander eine kleine Anzahl schwerer alter Kisten, vernagelt und bestaubt. . . wenn sie es waren, welche die Bibliothek enthielten, so mußte man einräumen, daß die Bücher auf eine mehr sichere als für den unmittelbaren Gebrauch zweckmäßige Weise untergebracht waren.

„Als ich mich verheiratete“, sagte der Freiherr, „habe ich sie hierhin befördern lassen — ich bin noch nicht dazu gekommen, sie aufzustellen, aber ich will nächstens damit beginnen.“

„Als Sie sich verheirateten? Sie reden davon, als ob es im vorigen Monat gewesen . . .“

„Im vorigen Monat waren es 24 Jahre“, versetzte der Reichsfreiherr lächelnd.

Damit öffnete er eine Flügeltür, aus welcher Hubert ein heller Lichtschein entgegenstrahlte, verbunden mit einer höchst angenehmen Wärme. Es war ein großes, wohllich eingerichtetes Gemach, mit Fenstern nach zwei Seiten, mit Gemälden in verblühten Goldrahmen, mit gepolsterten Möbeln, deren gleichweisse Polster und altfranzösische Formen in schüßler Übereinstimmung standen mit den etwas rohen Stuckverzierungen der Decke, von der ein höchst altmodischer Kristall-Kronleuchter herabhing. Rechts stand in einer Nische ein großer Kachelofen, welcher eine hinreichende Wärme ausstrahlte, um den großen Raum behaglich zu machen; dahinter er-

blickte Hubert einen Tisch mit brennendem Armleuchter darauf, und daneben ein Spiel Karten; hinter dem Tische aber stand ein Sofa, und auf diesem Sofa sah eine weibliche Gestalt, welche beim Eintritt des Studenten dessen Gruß mit einer annuitanten kurzen Bewegung erwiderte.

„Da ist der wunderliche Mensch, von dem ich Ihnen erzählt habe, Marie“, sagte der Reichsfreiherr, — er heißt Gregorius, glaub ich . . .“

Hubert erstarrte bei dieser sonderbaren Einführung und noch mehr vielleicht bei den forschend auf ihn geheften Blicken der jungen Dame, deren Erscheinung etwas höchst Ueberraschendes auf ihn hatte. Sie war nämlich von einer Schönheit, wie Hubert Bänder sich nicht erinnerte, niemals ein weibliches Wesen gesehen zu haben; ihr Gesicht war länglich oval, mit feinen, regelmäßigen Zügen und feurig blühenden, großen blauen Augen, unvöllig von einer Fülle blonder Locken. Hubert war vollständig gebildet von dieser Erscheinung, und deshalb stotterte er ziemlich verwirrt hervor:

„Ich heiße nicht Gregorius, Herr von Averbont, ich glaube nicht, daß es Ihnen umständlicher sein kann, wenn Sie mir meinen ehrlichen Christennamen Hubert Bänder geben, als jeden anderen. Und was dann den Namen dieser Dame angeht, so muß ich um so mehr bitten, darin eingeweiht zu werden, weil ich viel zu schüchtern bin, sie bei dem bloßen Taufnamen anzureden, den ich eben gehört habe.“

„Sagen Sie ihm nichts davon, Marie, sagen Sie ihm nichts.“ fiel der Freiherr lebhaft ein. „Wir spielen uns, wie gestern, wieder unsere Geheimnisse ab. Er hat kein Geld einzuführen — wir spielen darum, ob er Sie fragen darf, wer Sie sind!“

Ractantius rief sich aus Vergnügen über diesen Scherz die Hände.

„Soll die junge Dame ihren Namen aufs Spiel setzen, Herr von Averbont?“ fragte Hubert.

Der alte Reichsfreiherr lachte; er sah höchst merkwürdig aus, wie er lachte: es sah aus, als ob er bloß zufällig und infolge der Umstände ein Lachen geworden, und als ob es ursprünglich auf nichts anderes als ein lautes Weinen angelegt sei.

„Da der gnädige Herr mich Ihnen nicht nennen will“, fiel jetzt erötend die junge Dame ein, „so nenne ich mich Ihnen selber; ich heiße Marie Stahl.“

„Genannt die Räte von Eilen!“ fiel der lange Freiherr ein.

„Und wohne hier im Schlosse, weil meine Eltern wünschen, daß ich einen größeren Haushalt lernen und Erfahrungen darin sammle. Und nun, da wir uns kennen“, setzte sie mit derselben ersten Freundlichkeit hinzu, „können wir zum Spiele übergehen, wel-

ches der Freiherr so lieb, daß er jeden Abend mit einer so unmaßigen und vergesslichen Schülerin, wie ich es bin, sich die Mühe gibt, sie darin zu vervollkommen.“

„Wir können zum Spiele übergehen“, fiel Hubert ein, „wenn ich nicht leider bitten müßte, mich erst von etwas anderem, weniger Angenehmem reden zu lassen; mir ist in der Tat das Herz viel zu voll, um den Karten meine Aufmerksamkeit zuwenden zu können.“

„Und wovon ist Ihnen das Herz voll, Gregorius?“ fragte der Reichsfreiherr.

„Davon, wie man mit mir umgeht, in Ihrem Schlosse, Reichsfreiherr!“

Der Reichsfreiherr fuhr mit seiner großen Hand von hinten her über seinen Kopf, so daß er die Zipselmaße auf seine dunkelgelben weissen Brauen herabdrückte. Dann fragte er mit einem sehr verdrießlichen Gesicht: „Können Sie denn das nicht auf ein paar Stunden vergessen, um einem alten Manne, der sich nach einer Erholung sehr gute Gesellschaft zu leisten? Sie haben mir in der vorigen Nacht den Kopf schwer genug gemacht mit Ihren Geschichten; der Teufel hole Sie mit allen Ihren Bescheidenheiten, ich will nicht davon hören! Helfen kann ich Ihnen doch nicht. Nehmen Sie die Karten.“

„So geben Sie mir einen schlechten Trost, mein Herr von Averbont; und wenn meine Geschichten Ihnen plötzlich so uninteressant geworden sind, daß Sie nichts mehr davon hören wollen, so bin ich weit entfernt, Sie damit zu belästigen. Ich will aber mit den Mund nicht verschließen lassen. . . ich will von diesem jungen Mädchen, in deren Augen ich lese, daß es die Wahrheit spricht, wird, zu erfahren suchen, welche Räuberhöhle denn eigentlich dieses Haus — ja, Ihr Haus ist, Herr von Averbont, wo man unschuldige Menschen mit Kerker und Pranger bedroht, wenn sie nicht vorsprechen sich nach Amerika schicken zu lassen.“

„Was reden Sie von Gefängnis und von Amerika? . . . erklären Sie das!“

„Man will mich nach Bremen befördern und dort auf das Deck eines nach Amerika fahrenden Schiffes bringen . . .“

„Sie? . . . weshalb?“

„Es scheint, daß man großen Wert darauf legt, mich zu befehligen, nachdem ich die Unterhaltung der Frau Seeharke mit dem Capitaine des Hauses in dem alten Schlosse zu Köln befohlen habe; ich soll ohne Zweifel unschuldig gemacht werden, entweder durch Gabe oder durch Gewalt.“

(Fortsetzung folgt.)



